

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Unternehmen-MAN-Bestechung;art129,2790389>

Bestechungsverdacht

Groß-Razzia bei MAN

Bundesweit hat die Staatsanwaltschaft Firmenräume des Fahrzeugherstellers MAN durchsucht: Verkäufer sollen Kunden mit Millionen Euro geschmiert haben.



MAN wird durchleuchtet. - Foto: dpa

6.5.2009 7:32 Uhr

BERLIN - Die Staatsanwaltschaft München I teilte mit, die Ermittler hätten Unterlagen mehrerer Sparten in der MAN-Zentrale und in 39 Niederlassungen der Gesellschaft unter die Lupe genommen. Zudem nahmen sie sich Privatwohnungen von drei beschuldigten Angestellten vor.

Der Konzern soll beim Verkauf von Lastkraftwagen und Bussen Kaufinteressenten geschmiert haben. Es bestehe der Verdacht, dass bei den Nutzfahrzeugen zwischen 2002 und 2005 ein "System zur Förderung des Absatzes von Lkw und Bussen im Bundesgebiet" existierte, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Manfred Nötzel. Es soll den Verkäufern in den Niederlassungen Provisionszahlungen an Einkäufer ermöglicht haben.

Der Konzern soll beim Verkauf von Lastkraftwagen und Bussen Kaufinteressenten geschmiert haben. Es bestehe der Verdacht, dass bei den Nutzfahrzeugen zwischen 2002 und 2005 ein "System zur Förderung des Absatzes von Lkw und Bussen im Bundesgebiet" existierte, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Manfred Nötzel. Es soll den Verkäufern in den Niederlassungen Provisionszahlungen an Einkäufer ermöglicht haben.

"Mit den Bestechungszahlungen bezweckten die Niederlassungsverkäufer, dass die Einkäufer für ihre jeweiligen Arbeitgeber Kauf- bzw. Leasingverträge über Lkw oder Busse mit der MAN Nutzfahrzeuge AG und nicht mit einem ihrer Mitbewerber abschlossen", erläuterte Nötzel. Auch im Ausland könnten Amtsträger oder Angestellte von Unternehmen geschmiert worden sein. Allein in Deutschland sind in den betreffenden Jahren demnach Provisionszahlungen von rund einer Million Euro geflossen, im Ausland mehrere Millionen Euro. Laut Nötzel waren die Ermittler dem Konzern durch Hinweise von Finanzämtern auf die Spur gekommen.

Führungsebene von Vorwürfen nicht betroffen

MAN sicherte den Ermittlern seine Unterstützung zu. Sollte sich der Verdacht bestätigen, wäre das Handeln der Mitarbeiter auch ein Verstoß gegen die Unternehmensregeln. Zuwendungen mit dem Zweck, Aufträge zu erhalten, seien verboten, hieß es in einer Unternehmensmitteilung. "MAN toleriert kein gesetzes- oder regelwidriges Verhalten." Die Nutzfahrzeugsparte wurde in der fraglichen Zeit vom heutigen Vorstandschef Hakan Samuelsson geleitet. Oberstaatsanwalt Anton Winkler betonte aber, die Führungsebene des Unternehmens sei von den Vorwürfen nicht betroffen. Die Aktion soll noch bis Mittwoch weitergehen. Die Börse reagierte zunächst kaum.

Der Verdacht erinnert an die Korruptionsaffäre bei Siemens. Der Fall war im November 2006 ebenfalls mit einer Großrazzia der Staatsanwaltschaft München ins Rollen gekommen und hatte den Elektrokonzern in seine bisher schwerste Krise gestürzt. Es ging um ein System von Scheinfirmen und fingierten Provisionszahlungen, durch die Aufträge im Ausland akquiriert worden sein sollen. Erst im Dezember hatte die Justiz

das Verfahren gegen den Konzern mit einem Bußgeld von mehr als 395 Millionen Euro abgeschlossen. Insgesamt hatte Siemens in Deutschland und den USA rund 1,2 Milliarden Euro zahlen müssen. (*asc/dpa/rtr*)